



3. September 2009

Gemeinsame Presseerklärung:

Wohnungsmangel in Deutschland: Bauverbände wollen vorbeugen

In Deutschland werden immer weniger Wohnungen gebaut. In Städten wie München, Frankfurt und Düsseldorf steigen die Mieten und erste Wohnungsengpässe zeichnen sich ab. Vor diesem Hintergrund haben sich der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), der Zentralverband des Baugewerbes (ZDB) und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) erstmalig zu einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Initiative, der „Initiative Wohnungsbau in Deutschland“, zusammengetan.

„Wir brauchen in der nächsten Legislaturperiode eine Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung. Neben die erfolgreiche Förderung der Wohnungsmodernisierung muss künftig auch die Förderung des Abrisses und Neubaus von Ersatzwohnungen treten“, sagt Herbert Bodner, Präsident des HDB auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 3. September 2009. Sonst seien insbesondere in den Ballungszentren Wohnungsengpässe nicht mehr zu vermeiden.

Die Zahl der neu erstellten Wohnungen lag nach Angaben des Statistischen Bundesamts im vergangenen Jahr bei nur 155 820. Vier Jahre zuvor wurden noch rund 100 000 Wohnungen mehr fertiggestellt. Der Staat hatte sich in den letzten Jahren immer mehr aus der steuerlichen Förderung des Mietwohnungsbaus zurückgezogen.

„Im Mietwohnungsbaus sind angesichts schwacher Renditen höhere Abschreibungssätze erforderlich. Mit dem Neubau von Mehrfamilienhäusern ist eine mit anderen Anlageformen vergleichbare Rendite nicht zu realisieren. Deshalb muss der Abschreibungssatz in den ersten Jahren von derzeit 2 auf 4 Prozent verdoppelt werden“, sagt IG BAU-Vorsitzender Klaus WieseHügel. Dazu komme der beschäftigungspolitische Effekt. „10 000 zusätzliche Wohnungen jährlich schaffen Beschäftigung für rund 30 000 Arbeitnehmer“, sagt der Gewerkschafter.

„Gerade der Ein- und Zweifamilienhausbau hat seit Abschaffung der Eigenheimzulage und Erhöhung der Umsatzsteuer eine regelrechte Talfahrt erlebt. Wir regen deshalb eine nachgelagerte Besteuerung für selbstgenutztes Wohneigentum an. Außerdem müssen Handwerkerleistungen im Bestand genauso steuerlich gefördert werden wie die sog. ‚haushaltsnahen Dienstleistungen‘“, betont ZDB-Präsident Hans-Hartwig Loewenstein.

Hauptverband der Deutschen
Bauindustrie
Kurfürstenstr. 129, 10785 Berlin
Telefon 030 21286-0
Telefax 030 21286-240
Email: bauind@bauindustrie.de
www.bauindustrie.de

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-
Umwelt
Olof-Palme-Str.19, 60439 Frankfurt
Telefon 069 95737-135
Telefax 069 95737-138
Email: presse@igbau.de
www.igbau.de

Zentralverband Deutsches
Baugewerbe
Kronenstr. 55-58, 10117 Berlin
Telefon 030 203 14-0
Telefax 030 203 14-419
Email: bau@zdb.de
www.zdb.de